

Protokoll bundesweites Treffen des ABSP am 12. Februar 11 in Hannover

Moderation: Jochen Peiler (Hannover) und Petra Weißfuß (Leipzig)

Protokoll: Edgar Schu (Göttingen)

Anwesend: MitstreiterInnen aus Aschersleben, Berlin, Braunschweig, Dresden, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Hannover, Korbach, Minden, Plauen, Rosenheim, Springe und Zeitz.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Formalia (Protokoll, Moderation, Tagesordnung)
2. Aktuelles aus dem Blickwinkel der Aktiven vor Ort. Gesprächs-Zeit von ca. 2-3 Minuten für jede/jeden Aktive/n.
3. Widerstand gegen die Hartz-IV-"Reform"
4. Aktionstag der Gewerkschaften am 24. Februar
5. Weitere Schritte für die Bündnisplattform 500-10
6. Weitere Projekte
7. Aktuelles.

1.) Vorschlag zur Ergänzung der Tagesordnung wird durch die Anwesenden angenommen: Vorstellung einer Solidaritätsadresse an die Kämpfenden in Ägypten. Vorschlag, TOP 3 und 5 zusammen zu legen und vor TOP 4 zu behandeln, wurde von den Anwesenden angenommen.

2.) Vorstellungsrunde/kurze Beiträge aller Anwesenden:

- Montagsdemos finden weiter statt, für Aufklärung über unsere Forderungen und über Zusammenhänge. In manchen Orten sind es immer noch bis zu 40 MitstreiterInnen regelmäßig montags.
- Es werden weitere Gelegenheiten für demonstrative Aktionen genutzt, auch in Bündnissen mit verschiedenen Organisationen.
- AktivistInnen des ABSP engagieren sich oft in Gewerkschaften und Verbänden, oft auch als Funktionsträger.
- Weitere Themen: Sozialticket, Mietkosten, antidemokratische Tendenzen, wie sie sich auch, aber nicht nur in Stuttgart 21 zeigen.
- Mitstreiter aus Berlin berichtet von umfangreichen Aktivitäten des Bündnisses www.regelsatzerhoehung-jetzt.org
- Dresdener Mitstreiter weist auf Nazi-Demo und Gegenaktivitäten am kommenden Wochenende in Dresden hin.

3. und 5.) Widerstand gegen die Hartz-IV-"Reform" und weitere Schritte für die Bündnisplattform 500-10

Es wurde ein Entwurf für ein neues Flugblatt, welches der Kampagnenrat 500-10 erstellt hat, vorgelegt (siehe Anlage Mindestlohnkampagne2011_Entwurf.doc). Dieses soll durch Werbung für 10 Euro Mindestlohn auch den Druck für 500 Euro Eckregelsatz erhöhen.

Nach einer Diskussion wurde ein Stimmungsbild erstellt:

Bei einer Gegenstimme bestand ansonsten Zustimmung ohne Enthaltungen.

Zu dem Flugblatt wurde noch die zusätzliche Anregung gegeben, dass in der UNO-Menschenrechtscharta steht, dass die Versorgung von Kindern zum Existenzminimum dazu gehöre.

Edgar Schu stellte den Entwurf eines Appells „Solidarität mit Erwerbslosen und Niedrigverdienenden!“ aus dem Bündnis „Krach statt Kohldampf“ vor (siehe Anlage „Februar 2011 Solidarität mit den Erwerbslosen.pdf“). Im Zentrum des Appells steht die Forderung nach 80 Euro mehr alleine für Ernährung. So soll er Grundlage für eine gemeinsame Positionierung von Verbänden wie Gewerkschaften, Sozialverbänden und solchen aus dem Bündnis „Wir haben es satt!“, also Bauern- und Umweltverbänden, sein. In der Diskussion teilten die Anwesenden mit, dass es richtig sei, ein möglichst breites, gesellschaftliches Bündnis zu schmieden. Die Forderung nach 80 Euro mehr alleine für Ernährung und die Einforderung, dass auch die übrigen Posten nach Bedarf und nicht nach statistisch ermitteltem, erzwungen geringem Verbrauch (Prinzip der EVS) bestimmt werden sollten, wurde als nicht widersprüchlich zur Forderung nach 500 Euro Eckregelsatz betrachtet.

Abschließendes Stimmungsbild: Zustimmung, dass das ABSP das Ansinnen, einen breit getragenen Appell zu entwickeln, im Bündnis „Krach statt Kohldampf“ weiter unterstützen solle, bei 3 Enthaltungen.

4.) Aktionstag der Gewerkschaften am 24. Februar

Zu diesem Top wurde ein kurzer Aufruf vorgelegt, welcher eine Unterstützung des Aktionstags durch die Sozialproteste ausdrücken sollte (siehe Anlage Existenzminimum_2011-02-24_02.doc). In der Diskussion wurde von vielen Teilnehmern keine Notwendigkeit gesehen, zusätzlich zu dem unter TOP 3/5 erwähnten Mindestlohnflugblatt dieses Flugblatt zu verteilen.

Stimmungsbild: 7 dafür, dass das ABSP dieses Flugblatt verbreiten solle, 7 dagegen, 4 Enthaltungen.

Konsens unter den Anwesenden war nach diesem Stimmungsbild, dass eine Entwicklung dieses Flugblatts nicht weiter verfolgt werden sollte.

6. Weitere Projekte

Asylbewerberleistungsgesetz: Das ABSP spricht sich gegen diese Diskriminierung aus. Der Kokreis soll sich öffentlich dazu äußern.

Die BAG-Plesa (<http://www.bag-plesa.de>) macht am Wochenende 25./26. März eine Fachtagung zur Bürgerarbeit in Leipzig.

7. Aktuelles

Eine Solidaritätserklärung für die Kämpfenden in Ägypten wurde verlesen und durch die Anwesenden per Akklamation begrüßt.

Abschließend wurde als Termin für das nächste bundesweite Treffen der Sa, 9. April, in Aschersleben vereinbart.